

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in der Region Hannover

**Koalitionsvereinbarung
für die Wahlperiode 2011 bis 2016**

Präambel

Die Region Hannover hat sich bewährt als das Modell für Stadtregionen in Deutschland. SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen die nunmehr 10jährige erfolgreiche Zusammenarbeit in der Region Hannover auch in der Wahlperiode von 2011 – 2016 fortsetzen.

Unsere Erfolge:

- soziale Verantwortung zeigen
- Klimaschutz, Umwelt- und Naturschutz, Naherholung weiterentwickelt
- Ausbau und Modernisierung des ÖPNV vorangebracht
- Modernisierung des Klinikums und Verbesserung der Gesundheitsdienstleistungen umgesetzt
- Berufliche Bildung verbessert
- Wirtschaftsförderung gebündelt
- finanzielle Konsolidierung im Rahmen der Steuerungsfähigkeit der Region bewiesen

Wir brauchen eine wirtschaftlich erfolgreiche, attraktive Region, damit die Region Hannover auch weiterhin zu den Gewinnern des demografischen Wandels gehört. Dies gelingt uns mit einer Rot-Grünen Politik ökologischer und sozialer Ausrichtung, die konsequent fortgeführt die Region Hannover insgesamt zukunftsfähiger macht.

In der Region Hannover entwickelt sich eine starke nachhaltige Wirtschaft mit aktiven und erfolgreichen mittelständischen Unternehmen. Sie ist die beste Grundlage für Wohlstand und eine hohe Lebensqualität in der Region Hannover. Sie sichert und schafft Arbeitsplätze als Basis für ein gutes Leben. Wir wollen gute Arbeit zu gerechten Bedingungen, die allen Menschen in der Region eine qualifizierte und fair bezahlte Arbeit ermöglicht, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Wie uns die Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 noch einmal deutlich vor Augen geführt hat, trifft ein Wirtschaftsabschwung die Region Hannover besonders hart. Bei sinkenden Einnahmen der Region erhöhen sich die Ausgaben im Sozialetat deutlich. Die Transferleistungen müssen für einen größeren Kreis von bedürftigen Personen bereitgestellt werden.

Darüber hinaus leistet die Region Hannover weitere Unterstützung, um Menschen in schwierigen Lebenssituationen aufzufangen und vor Gefährdungen zu schützen, angefangen mit der Jugendhilfe über das Rettungswesen, das Klinikum, das Gesundheitsamt und vieles mehr.

Diese Leistungen und Hilfsangebote gilt es finanziell abzusichern und dabei gleichzeitig langfristig die Schulden der Region Hannover abzubauen.

Die Konsolidierung des Regionshaushaltes und der Finanzen der regionseigenen Betriebe, bei der in den letzten Jahren schon große Fortschritte gemacht wurden, muss daher unbedingt fortgesetzt werden.

Wir werden durch die Verzahnung von Ausbildung, Qualifizierung und Aktivierung nicht genutzter Fachkräftepotenziale gewährleisten, dass die Region Hannover zukünftige Entwicklungen mit gestalten kann. Durch Verstärkung der Kooperation der unterschiedlichen Akteure wollen wir eine umfassende Förderung für Kinder und

Jugendliche ermöglichen. Aus diesem Grund ist es Ziel unserer Politik, Kinder- und Jugendarbeit, Jugendhilfe, Schule und berufliche Qualifizierung sinnvoll zu vernetzen.

Wir sind auf eine aktive Zivilgesellschaft angewiesen, ohne diesen Einsatz würde das Gemeinwesen nicht mehr funktionieren. Deshalb fördern wir das bürgerschaftliche Engagement nach Kräften.

Unsere Regionsverwaltung arbeitet effizient und bürgernah. Dafür brauchen wir hoch motivierte und gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gerne in der Regionsverwaltung arbeiten. Unser Ziel ist, auch im Falle notwendiger Umstrukturierungen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Perspektive anzubieten. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel erfordert besondere Anstrengungen, um Nachwuchskräfte zu gewinnen. Den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen werden wir durch verstärkte interkulturelle Qualifikation der Beschäftigten gerecht.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist unser Ziel. Der Anteil von Frauen in den Führungspositionen in der Verwaltung und den Unternehmen sowie in Aufsichtsräten der Unternehmen entspricht diesem Grundsatz bisher nicht. Durch geeignete Maßnahmen soll der Frauenanteil in den nächsten Jahren grundlegend erhöht werden. Langfristig verfolgen wir das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe.

Bei Neubesetzungen von Fachbereichsleitern, Leitern der Servicebereiche, Stabsstellen und weiteren herausgehobenen Stellen innerhalb der Regionsverwaltung erfolgt eine öffentliche Ausschreibung.

Gleichzeitig werden wir uns neben wirtschaftlichen Risiken auf eine zunehmende Energie- und Ressourcenknappheit einstellen müssen. Für Erdöl und für einige Rohstoffe zeichnet sich bereits eine Verknappung ab, verbunden mit einem deutlichen Preisanstieg. Um dem Wunsch der Menschen nach Mobilität, die für sie bezahlbar ist, langfristig nachzukommen, wird die Region Hannover den öffentlichen Personen-Nahverkehr weiter ausbauen müssen.

In der Abfallwirtschaft muss es Ziel sein, einen noch größeren Anteil des Abfalls energetisch und als „Rohstoffquelle“ zu nutzen.

Die Energiewende müssen wir forcieren mit dem vorrangigen Ziel Energie einzusparen, um langfristig unseren Energiebedarf vollständig aus Erneuerbaren Energien decken zu können. Damit machen wir uns unabhängiger von fossilen Energieträgern und den damit verbundenen Energiekostensteigerungen. Das ist von großem Vorteil, denn finanzschwache private Haushalte treffen diese Kostensteigerungen besonders hart. Über die höheren Wohnkosten für Transferleistungsbezieherinnen und –bezieher würde außerdem der Sozialetat der Region Hannover noch stärker belastet.

Die Region Hannover muss darüber hinaus bei ihren eigenen Gebäuden in die energetische Sanierung in den nächsten Jahren erheblich investieren und damit die begonnene Gebäudesanierung fortführen. So können finanzielle Risiken für den Regionshaushalt aufgrund von Energiekostensteigerungen begrenzt werden. Wir werden die Mittel für die energetische Sanierung auf jährlich ein Prozent des Haushaltbudgets ausweiten.

- Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit auf „Null“.
- ein Prozent des Haushalts-Budgets jährlich für energetische Sanierung.

- Verdopplung des Anteils regional erzeugter erneuerbarer Energien.
- Daseinvorsorge als öffentliche Aufgabe sichern.
- konsequente Konsolidierungspolitik, die die politische Gestaltungskraft sichert.

Diesen Herausforderungen stellen sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen in den kommenden Jahren gemeinsam!

Finanzpolitische Leitlinien

Von den Auswirkungen der 2007 ausgelösten weltweiten Banken- und Schuldenkrise sind wir auch in der Region Hannover betroffen. Politisch steuern können wir die Bankenkrise kaum, hier sind andere gefragt. Die Folgen abmildern können wir durch ein intelligentes Kreditmanagement und durch eine konsequente Konsolidierungspolitik. Bund, Länder und Kommunen stehen in der Verantwortung, ihren Beitrag zum Abbau der Staatsverschuldung zu leisten.

Durch eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage, durch eine moderate Anpassung der Regionsumlage und durch eigene Anstrengungen wie Konsolidierungsprogramme und strukturelle Reformen ist es der Region Hannover in der vergangenen Wahlperiode gelungen, ihr strukturelles Defizit unter schwierigen Bedingungen insgesamt zurückzufahren.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verpflichten sich, die erfolgreiche konsequente Konsolidierungspolitik fortzusetzen und gleichzeitig die Spielräume für politische Gestaltung zu erhalten. Wir stellen eine umsichtige und transparente Finanzplanung auf, die Umsetzung der politischen Schwerpunkte kann nur durch eindeutige Prioritätensetzungen erreicht werden. Konsolidierungsvorschläge werden nicht nur unter fiskalischen Gesichtspunkten, sondern auch unter Berücksichtigung der sozial- und personalpolitischen Folgen, ihren Auswirkungen auf die Umwelt und der Qualität der öffentlichen Leistungen geprüft und entschieden.

Eine nachhaltige Rot-Grüne Haushalts- und Finanzpolitik setzt sich zum Ziel, den sozialen Ausgleich zwischen den Kommunen zu verbessern, den Einwohnerinnen und Einwohnern der Region faire Lebenschancen zu eröffnen und in die Energiewende und die ökologische Transformation der Region zu investieren. Die Vielfalt der Vereine und Verbände, die wichtige Beiträge für Sport, Kultur, Umwelt, im Sozialbereich und der Kinder- und Jugendarbeit leisten, wollen wir erhalten, an der Finanzierung von freiwilligen Leistungen halten wir im bisherigen Rahmen fest.

Die Instrumente der Haushalts- und Finanzpolitik werden wir weiter schärfen. Im Zuge der Umsetzung der DOPPIK ist es unser Bestreben, für alle Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge strategische Ziele zu formulieren, die Erledigung der Aufgaben vergleichbar zu machen und weiter zu optimieren. Die Attraktivität der Arbeits- und Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst der Region Hannover wollen wir sichern und ausbauen. Die mittelfristig geplanten Steigerungen der Personalaufwendungen von durchschnittlich 2,5% werden wir einhalten. Wir sehen es als vordringliche Aufgabe an, die hohen Liquiditätskredite stetig abzubauen. Das Land fordern wir auf, den Kreditrahmen im investiven Bereich zu erhöhen, wenn sich Investitionen, so z. B. im Bereich der energetischen Sanierung, langfristig refinanzieren.

Unsere Regionskrankenhäuser, Verkehrsunternehmen oder die Abfallwirtschaft als wichtige Unternehmen der Daseinsvorsorge bleiben in öffentlicher Hand und tragen durch ihre Wirtschaftlichkeit dazu bei, die Zuschüsse zu verringern und zur Entlastung des Regionshaushaltes beizutragen. Privatisierungen von Unternehmen der Daseinsvorsorge zur Verbesserung der Einnahmeseite des Regionshaushalts lehnen wir ab.

Wir sehen derzeit kein Erfordernis für eine Erhöhung der Regionsumlage, es ist unser

Bestreben, die Hebesätze für die Regionsumlage auf dem jetzigen Niveau zu halten. Wir wollen prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, die das Auseinanderdriften in arme und reiche Kommunen innerhalb der Region Hannover abmildern können.

Die Region Hannover ist in hohem Maße von den finanzpolitischen Entscheidungen im Bund und im Land Niedersachsen abhängig. Wir setzen hier unsere Hoffnungen auf einen kommunalfreundlichen Politikwechsel nach den nächsten Landtags- und Bundestagswahlen. Wir werden uns hier für eine strukturelle Verbesserung der kommunalen Finanzen einsetzen und fordern insbesondere eine grundlegende Reform der Gewerbesteuer hin zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer und eine Reform der Grundsteuer.

Gerade in Zeiten knapper Kassen wollen wir den Einwohnerinnen und Einwohnern deutlich machen, wie die Region Hannover die vorhandenen Finanzmittel einsetzt. Die Genderpolitik gilt für uns selbstverständlich auch in der Haushalts- und Finanzpolitik, begleitend zum Haushalt wollen wir ein Gender-Budget-Monitoring veröffentlichen. Wir wollen den Einwohnerinnen und Einwohnern durch eine höhere Verständlichkeit die Möglichkeit geben, sich auch mit eigenen Vorschlägen an der Diskussion über die Haushalts- und Finanzpolitik zu beteiligen. Geeignete Instrumente für mehr Bürgerbeteiligung werden wir prüfen und schrittweise einführen.

Bildung, Wirtschaft, Beschäftigung

Wir gestalten Bildung für Alle. Unser Ziel ist, dass Wissen und Kompetenzen vermittelt werden, die zukünftig über den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt entscheiden, dass soziale Ausgrenzung angesichts steigender und neuer Qualifikationsanforderungen verhindert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden.

Wir werden unsere Berufsschulen als Zentren für Aus- und Weiterbildung stärken.

Unser langfristiges Ziel ist die Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit auf „Null“. Wir wollen die beste berufliche Bildung und Qualifikation der unter 25-Jährigen in der Region Hannover. Wir wollen die Beratungsqualität in den Jobcentern der Region weiter verbessern.

Wir wollen die Vernetzung zwischen regionaler Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter verbessern. Wir werden den Aufbau von gemeinwohlorientierten, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmöglichkeiten prüfen.

Die Koordinierungsstelle Bildung und Beruf muss zusammen mit dem regionalen Bildungsbeirat die Kooperationsvereinbarung „Bildung und Qualifizierung“ mit Leben erfüllen. Dafür brauchen wir eine personelle und finanzielle Stärkung der Koordinierungsarbeit.

Wir werden Strukturen schaffen, um eine intensivere Vorbereitung und Betreuung der Schülerinnen und Schüler beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt durch Kooperationen zwischen allgemeinbildenden Schulen, Berufsbildenden Schulen, Betrieben und der Bundesagentur für Arbeit zu erreichen. Dabei werden ausbildungsbegleitende Hilfen (AbH) ein zentrales Thema sein.

Wir wollen flächendeckende Einführung von Kooperationen zwischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zur systematischen Berufsorientierung und Berufsvorbereitung. Wir werden die Übergänge von der Schule in die Ausbildung und von der Ausbildung in den Beruf optimieren. Dabei erscheint uns die Ausweitung des „Neustädter Modells“ – also der Ausbau von Berufspraxis-Phasen ab der achten Klasse in Kooperation mit den berufsbildenden Schulen und den Betrieben – ein sinnvoller Weg.

Die Sanierung der Regionsschulen treiben wir voran, um gute Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen.

Wir werden Perspektiven für arbeitslose und schwervermittelbare Jugendliche durch die Weiterfinanzierung der Pro-Aktiv-Center in den kommenden Jahren schaffen.

Wir werden Beschäftigungsförderung für Einwanderinnen und Einwanderer und eine Erhöhung der Ausbildungsquote in Betrieben unter Leitung Zugewanderter unterstützen.

Wir wollen die kleinen und mittleren Unternehmen in der Region verstärkt darin unterstützen, auch künftig geeignete Fachkräfte gewinnen zu können, dafür werden wir die notwendigen personellen und finanziellen Voraussetzungen für diese Vorhaben schaffen.

Wir werden die Ausbildungsquote in unseren Unternehmen auf einem hohen Niveau halten.

Wir werden bei der Wirtschaftsförderung und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge klare Förderungskriterien anlegen: Entscheidend ist die Sicherung und Entstehung von Arbeitsplätzen mit guten Arbeitsbedingungen, d.h. reguläre sozialversicherte Arbeitsverhältnisse.

Wir wollen in der Region ein Zertifizierungssiegel einführen, das Unternehmen auszeichnet, die gute Arbeit gewährleisten. Wir werden in den Unternehmen der Region Hannover sichere und gute Arbeitsbedingungen bieten und gewährleisten, dass Frauen und Männer bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit die gleiche Bezahlung erhalten.

Wir werden im Rahmen der Wirtschaftsförderung weiter eine engagierte Bestandspflege betreiben, damit die Region Hannover für die hier angesiedelten Unternehmen dauerhaft attraktiv bleibt.

Wir schaffen ein Forum für den Dialog zwischen Interessenverbänden und der Region Hannover zur Verbesserung der Zusammenarbeit.

Der Flughafen Langenhagen ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region. Zwischen den Anliegern und dem Flughafen ist ein Interessenausgleich zu den Bereichen Lärm, Emissionen, und Wirtschaftlichkeit im Rahmen eines Nachbarschaftsdialogs und der rechtlichen Möglichkeiten zu erreichen. Die Belastungen der Menschen in der Region durch den Nachtflug müssen deutlich verringert werden. Zu den Gesundheitsfolgen des Fluglärms wird die Region Hannover zusammen mit weiteren Akteuren ein Gutachten erstellen lassen, dessen Ergebnisse bis Ende 2012 vorliegen sollen.

Wir werden den Aufbau eines neuen Campus für die technischen Fächer der Leibniz-Universität in Garbsen unterstützen, wenn eine Stadtbahnanbindung und ein Mensaausbau zeitgleich vom Land finanziert werden.

Es ist unser Ziel, langfristig sicherzustellen, dass die Umlandkommunen an hannoverimpuls beteiligt sind.

Wir werden einen regionalen Flächenpool für zukünftige Gewerbeflächen schaffen und unterstützen die Bildung interkommunaler Gewerbegebiete.

Wir werden die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg im Interesse der Regionalplanung in der Region Hannover weiterentwickeln und den Wirtschaftsraum der Metropolregion stärken.

Wir unterstützen eine Regionalvermarktungsgesellschaft auf der Basis des erarbeiteten Regionalvermarktungskonzepts.

Abfall

Unsere Politik setzt auf Belohnung von Abfallvermeidung und Recycling. Die kommunale Trägerschaft und der hohe Dienstleistungsstandard, der von Privathaushalten ohne weitere Gebühren genutzt werden kann (z.B. Wertstoffhöfe für Sperrmüll und Grünschnitt, Abfallberatung) müssen dabei erhalten bleiben.

Wir werden die Ausweitung der Behälterabfuhr auf freiwilliger Basis hinsichtlich ihrer finanziellen und technischen Machbarkeit prüfen.

Unabhängig von Entsorgungssystem soll Abfallvermeidung, -trennung und -recycling besonders berücksichtigt werden.

Soziales, Gesundheit, Jugend , Rettungswesen und Feuerschutz

Wir ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben im Alter.

Das Klinikum Region Hannover wird weiter als Dienstleister und Gesundheitsversorger an allen Standorten ausgebaut und sichert somit die „Rundum“-Gesundheitsversorgung ambulant und stationär.

Wir setzen uns für einen Aktionsplan für die Region Hannover ein, der verbindliche Ziele zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen festschreibt. Der Aktionsplan muss folgende Handlungsfelder umfassen: Arbeit und Beschäftigung; berufliche Ausbildung; Wohnen und Leben in der Region; Öffentliche Gebäude, Verkehr; Individuelle Mobilität; Inklusive Bildung und Erziehung; Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport; Gesundheit und Pflege; Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben; Barrierefreie Kommunikation, Information und Service; Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionsverwaltung und der Beteiligungsgesellschaften der Region Hannover.

Wichtigstes Ziel Rot-Grüner Kinder- und Jugendpolitik ist Chancengleichheit. Wir werden die frühkindliche Bildung von Anfang an fördern, um allen Kindern gerecht zu werden und allen vergleichbare Bildungschancen zu eröffnen. Insbesondere für Kinder unter drei Jahren werden wir – in einem Dialog mit den 21 Kommunen zur Erhöhung der Qualität in den Kitas – die Krippenplätze in der Ganztagesbetreuung ausbauen, um den Rechtsanspruch auf Betreuung zu erfüllen.

Wir werden die Sprachförderung im Kita-Bereich weiterführen bzw. ausbauen.

Wir werden einen Schwerpunkt auf die Förderung benachteiligter Jugendlicher und auf die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund setzen.

Das gemeinsame Lernen muss endlich von der Ausnahme zur Regel werden. Wir setzen uns für eine konzeptionelle Anpassung des Förderschulkonzeptes der Region Hannover an die Herausforderungen der Inklusion und eine konzeptionelle Ausweitung auf die berufsbildenden Schulen ein (Pakt für Inklusions-best practice).

Rettungsdienst

Im Bereich des Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes haben sich gewachsene Strukturen bewährt. Gerade die Verbindung von Haupt- und Ehrenamtlichkeit bildet eine wichtige Säule, die wir erhalten wollen. Gleichzeitig war die letzte Zeit von großer Unsicherheit vor allem für die Beschäftigten im Rettungswesen geprägt, da die Entwicklung in der Rechtsprechung Zweifel an der Rechtmäßigkeit der bisherigen Konstruktion ergab. Auf europäischer Ebene und im Niedersächsischen Landtag wird zurzeit über Rechtsänderungen beraten. Es ist zu hoffen, dass künftig auf diese Weise

ein Höchstmaß an Rechtssicherheit erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund vereinbaren die Partner:

Mit allen rechtlichen Möglichkeiten ist zu verhindern, dass der Bereich des Rettungsdienstes dem freien Markt überlassen wird. Er ist für uns zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge im Bereich der Gesundheitsversorgung.

Auf Grundlage der bestehenden und der künftigen Rechtslage wird sich die Region Hannover dafür einsetzen, die gewachsenen Strukturen unter Beteiligung der bisherigen Akteure im Bereich des Rettungsdienstes in der Region Hannover zu erhalten.

Für den Fall, dass dieses Ziel nicht erreicht werden kann, streben wir eine Kommunalisierung des Rettungsdienstes in der Region Hannover an.

ÖPNV, Verkehr

Wir werden die vorhandenen Verkehrsstrukturen durch die Schaffung intelligenter Verkehrssysteme kontinuierlich ausbauen. Dazu gehört: Steigerung des Fußverkehrsanteils; Steigerung des Radverkehrsanteils, Steigerung des ÖPNV-Anteils und Steigerung der Nutzung von Car-Sharing. Dafür suchen wir nach neuen Möglichkeiten der Finanzierung. Ausschreibungsgewinne aus SPNV wollen wir für den Ausbau des ÖPNV reinvestieren.

Unser oberstes Ziel ist es die Mobilität innerhalb der Region Hannover für alle Menschen zu gewährleisten. Die Verkehrsplanung soll gleichstellungsorientiert sein und die besonderen Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen - wie z.B. ältere Menschen, Kinder, mobilitätseingeschränkte Menschen - berücksichtigen.

Der barrierefreie Ausbau im Nahverkehr soll weitergeführt werden. Die D-Linie soll in diesem Zusammenhang oberirdisch barrierefrei ausgebaut und zum Raschplatz geführt werden. Dabei wird die in der Gesamtschau verkehrlich, städtebaulich und wirtschaftlich vernünftigste Variante bis spätestens Mai 2012 einschließlich des dafür nötigen Wagenmaterials bei der LNVG als Förderantrag zur Mitfinanzierung vorgelegt. Die bis Dezember 2011 vorliegenden Ergebnisse der Projektgruppe werden zunächst von SPD und BÜNDNIS90/Die GRÜNEN gemeinsam ausgewertet, um dann in einem Diskurs mit den betroffenen Fahrgästen und Stadtquartieren das ausgewählte Gesamtkonzept zu erläutern und für die Umsetzung weiter zu optimieren.

Wir werden das Stadtbahnnetz ausbauen und setzen uns für eine Stadtbahnverlängerung nach Hemmingen und perspektivisch in Garbsen ein. Bis zur endgültigen Stadtbahn-Anbindung von Hemmingen sollen Busse das ÖPNV-Angebot deutlich verbessern.

Wir werden das Radwegenetz ausbauen und das bestehende Angebot optimieren.

Wir werden weiterhin einen bezahlbaren und hochwertigen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sichern.

Wir setzen uns für die Erhöhung der Verkehrssicherheit und Lärminderung im Straßenverkehr ein.

Klimaschutz, Umwelt, Regionalplanung und Naherholung

Wir wollen die Handlungsfelder des Klimaschutzrahmenprogramms mit Blick auf die Entwicklung der Klimaschutzziele bis hin zu einer klimaneutralen Region ausfüllen. Dabei ist es uns wichtig die klimaneutrale Region Hannover zu verwirklichen und CO₂ – Emissionen im Regionsgebiet bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 1990 um 40 % zu verringern.

Der Anteil der regional erzeugten erneuerbaren Energien an der regionalen Stromversorgung soll von heute (ca. 9%) bis 2020 auf ca. 1100 GWh/a verdoppelt werden. Die Umgestaltung der Stromversorgung soll die Ziele zur Energiewende widerspiegeln, wobei alle Möglichkeiten des Ausbaus erneuerbarer Energien, der Energieeinsparung und der Steigerung der Energieeffizienz einzubeziehen sind.

Für die Klimaneutralität der Region Hannover hat die Nutzung der Windenergie zentrale Bedeutung. Neben dem Repowering ohne Höhenbegrenzung soll die Fläche für die Vorranggebiete (auch unter Einrechnung von Standorten in anderen Planungsrechtskategorien) insgesamt um die Hälfte von 0,8% auf 1,2% der Regionsfläche ausgeweitet werden. Dafür sollen vorrangig durch linienförmige Infrastrukturen vorbelastete Flächen wie Autobahnen und Hochspannungsfreileitungen sowie Industriegebiete und Altstandorte im Außenbereich in Anspruch genommen werden.

Die Region setzt sich durch verstärkte Beratungstätigkeit und die Einrichtung eines zentralen Runden Tisches für eine Optimierung der Standorte von Biogasanlagen und deren Effizienzsteigerung durch Wärmenutzung ein. Der Runde Tisch soll Eckpunkte zum Umgang mit Biogasanlagen in der Region entwickeln. Auch die verstärkte Einspeisung von Biogas in die Leitungsnetze der Energieversorger soll durch Verhandlungen mit den Beteiligten erreicht werden.

Die Region wird 2012 ein fachliches Programm zur Erhöhung der Biodiversität und zur Verstärkung des Natur- und Landschaftsschutzes entwickeln. Die für die Umsetzung erforderlichen Mittel werden ab dem Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung gestellt.

Unsere Politik setzt sich für den Erhalt der Lebensqualität in der Region ein und will Maßnahmen für die biologische Vielfalt u.a. durch die Umsetzung des Landschaftsrahmenplans fördern. Wir wollen die Vorbildfunktion der Region nicht nur durch Umsetzung von Maßnahmen verwirklichen, sondern auch durch den Beitritt in das kommunale Bündnis für biologische Vielfalt.

Die Region setzt sich dafür ein, dass die Klimaschutzagentur gemeinsam mit dem Klimaschutzkuratorium (Netzwerk der Klimaschutzakteure) an einem gut erreichbaren Standort ein Beratungszentrum einrichten wird, mit dem die Bürgerinnen und Bürger eine niedrigschwellige und kostenlose Erstberatung in allen Fragen der energetischen Gebäudesanierung, des Stromsparens und anderer Klimaschutzmaßnahmen sowie der zugehörigen Förderprogramme erhalten.

Die Klimaschutzförderung der Region wird neu konzipiert. Mittel werden im bisherigen Förderumfang für Projekte außerhalb der Regionsverwaltung zur Verfügung gestellt, mit denen innovative Projekte des Klimaschutzes gefördert werden. Damit soll auch eine

Ausstrahlung im Sinne einer Vorbildfunktion („best practices“) für andere Akteure erreicht werden.

Die Klimaschutzleitstelle der Regionsverwaltung treibt die Koordination und den Ausbau der Energieeinsparung, der Klimaschutzaktivitäten und der regenerativen Energien aus der Regionsverwaltung heraus voran. Sie stellt die Klimaschutzaktivitäten der Region Hannover nach außen dar. Die Leitstelle ist der Vernetzungsknoten der verschiedenen Akteure in den regionsangehörigen Kommunen, der Regionsverwaltung, sowie von Klimaschutzagentur über ProKlima, die Verbraucherzentrale, die verschiedenen Einrichtungen der Kammern und Umweltverbände bis zum Handwerk und den Kunden. Darüber hinaus verfasst die Leitstelle einen jährlichen Statusbericht zum Klimaschutzrahmenprogramm und koordiniert das Klimaschutzkuratorium.

Die Region organisiert mindestens einmal pro Jahr einen regionsweit beworbenen Veggitag für öffentliche und private Kantinen, Küchen und Restaurants mit Schwerpunkt auf regionale Produkte. Parallel dazu wird zur Förderung der vegetarischen Ernährung in den Kantinen der Region das vegetarische Angebot verbessert. Zusätzlich wird einmal jährlich in den Regionskantinen ein vegetarischer Tag durchgeführt.

Die Umweltbelastung durch unzählige Lichtquellen nimmt zu und muss gerade aus Naturschutzgründen begrenzt werden. Zur Steuerung soll ein Lichtmasterplan erstellt werden.

Die Region wird zusammen mit den Städten und Gemeinden gegenüber Land und Bund sowie den Vertretungsorganisationen der Wirtschaft auf die Einrichtung eines Altlastenfonds zur Finanzierung der Sanierungen bei nicht oder nicht mehr heranzuziehenden Verursachern drängen, weil die Gebietskörperschaften mit dieser Aufgabe finanziell hoffnungslos überfordert wären.

Soweit die Verursacher noch in der Verantwortung für die Grundstücke sind, wird die Region sie zu einer sachgerechten Sanierung drängen.

Die Region wird das vorhandene Altlastenkataster weiter qualifizieren und für die Einwohnerinnen und Einwohner der Region besser nutzbar machen.

Wir werden uns für den Erhalt und die Weiterentwicklung vorhandener Landschafts- und Naturschutzgebiete einsetzen, aber auch für die Unterschutzstellung neuer Gebiete kämpfen, wo dies geboten ist.

Der große Bestand an Naherholungseinrichtungen ist auch wegen ihrer identitätsstiftenden und integrierenden Funktion für die Menschen in der Region Hannover abzusichern. Wir wollen die Naherholungsqualitäten der Region hervorheben. Inhaltliche Schwerpunkte sind dabei die Vernetzung der Standorte untereinander und die Weiterführung der Marke Gartenregion als Leitprojekt.

Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des Zoos ein – als Naherholungseinrichtung, aber auch wegen seiner wichtigen Aufgaben in der Bildung (Zoo-Schule) und beim Artenschutz. Wir werden den Sozialtarif für den Zoo aufrechterhalten. Die bisherigen Erfahrungen werden evaluiert und die Gestaltung der Ermäßigung ggf. an die Ergebnisse der Auswertung angepasst.

Wir wollen im Rahmen der Regionalplanung die Standorte für Wohnen und Gewerbe optimieren. Dabei haben Innenentwicklung und flächensparende Bauweisen Vorrang. Wir drängen auf kommunale Baulückenkataster und Baulückenaktivierungsmaßnahmen. Für neue Wohngebiete wollen wir deren Zuordnung zu einem Haltepunkt des Schienenverkehrs erreichen. Sofern aus übergeordneten regionalen Erfordernissen heraus ausnahmsweise Vorranggebiete für Freiraumfunktionen durch Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms in Anspruch genommen werden müssen, sind Freiräume in gleicher Größe an geeigneter anderer Stelle neu als Vorranggebiete festzulegen. Angesichts der demographischen Veränderungen müssen die Regelungen zur Eigenentwicklung ländlicher Ortschaften überprüft werden. Die Erweiterungsmöglichkeiten für Ortschaften ohne Infrastruktur (insb. Schulen) müssen dabei reduziert werden. Auch auf die Rückführung zu großzügig ausgewiesener Bauflächen muss hingewirkt werden.

Bei der Festlegung regional bedeutsamer Logistikflächen sind neben der Erschließung über Straßen mindestens auch Gleisanschlüsse oder Wasserstraßenanschlüsse anzubieten.

Integration, Gleichstellung, Sport und Kultur

Wir werden ein Netzwerk zwischen Kulturschaffenden, Repräsentanten der Gesellschaft und Politik aus der Region Hannover ins Leben rufen.

Wir werden das Jugendtheater am Staatstheater fördern.

Wir werden den Ausbau des bundesweit einmaligen Erinnerungsortes „Gedenkstätte Ahlem“ zur zentralen Gedenkstätte der Region Hannover unterstützen und die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitstellen. Darüber hinaus wird die Gedenkstätte ein Ort des Bildens und Informierens und durch wissenschaftliche Präsentation des historischen Ortes Ahlem ein Ort des Forschens und Dokumentierens. Die Einbeziehung des historischen Außengeländes in die Neukonzeption der Gedenkstätte und die damit verbundene Finanzierung der Außengestaltung wird gewährleistet, um die Besonderheit des Ortes zur Entfaltung zu bringen.

Wir werden die Sportförderung unter besonderer Berücksichtigung von Gender Mainstreaming, Integration von Migrantinnen und Migranten, sozial benachteiligter Menschen und Menschen mit Behinderungen sowie von Projekten gegen Rassismus und Homophobie betrachten und überarbeiten.

Der Leitgedanke der Inklusion muss im Sport verankert werden.

Wir werden anhand eines Aktionsplanes die Ziele der UN-Charta für die Gleichstellung umsetzen. Leitgedanke des Handelns wird daher die konsequente Anwendung des so genannten Gender Mainstreaming sein. Hierzu gehen wir eine Selbstverpflichtung ein, die wir auch für unsere Beteiligungsunternehmen einfordern. In der Region soll beispielsweise gendergerechte Sprache durch Schulungen verankert werden.

Wir setzen uns für eine verstärkte Bewerbung und Förderung von Einbürgerungen ein.

Wir werden interkulturelle Projekte fördern und den Fonds „Miteinander - Gemeinsam für Integration“ im bisherigen Umfang weiterführen.

Wir werden Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankern und eine Antidiskriminierungsrichtlinie erarbeiten.

Wir werden in der Regionsverwaltung eine Beauftragte oder einen Beauftragten zur Organisation, Koordinierung und Unterstützung von Projekten für Zivilcourage, gegen Rechtsextremismus und gegen Rassismus benennen. Damit wird auch eine Intensivierung der Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen erreicht.

Wir werden bürgerschaftliches Engagement fördern und dazu eine zentrale Anlaufstelle für alle ehrenamtlich Engagierten in der Region Hannover schaffen (Service-Büros für Ehrenamt).

Matthias Miersch, MdB
Vorsitzender SPD-UB Region Hannover

Brigitte Deyda / Christian Gailus
Vorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regionsverband Hannover

Silke Gardlo
Vorsitzende SPD Regionsfraktion

Raoul Schmidt-Lamontain
Vorsitzender Regionsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ANHANG

Arbeitsprogramm zur Koalitionsvereinbarung

Ergebnisse der gemeinsamen Fach-Arbeitsgruppen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ANHANG

Arbeitsprogramm zur Koalitionsvereinbarung

Ergebnisse der gemeinsamen Fach-Arbeitsgruppen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bildung, Wirtschaft, Beschäftigung

- Systematischer Ausbau der Vernetzung aller Bildungs-, Aus- und Weiterbildungsstellen in der Region Hannover, um den Informationsaustausch, die Planung und Abstimmung zwischen den Bildungsbereichen zu verbessern.
- Wir werden Strukturen schaffen, um eine intensivere Vorbereitung und Betreuung der Schülerinnen und Schüler beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt durch Kooperation zwischen allgemeinbildenden Schulen, Berufsbildenden Schulen, Betrieben und der Bundesagentur für Arbeit zu erreichen. Dabei werden ausbildungsbegleitende Hilfen (AbH) ein zentrales Thema sein.
- Wir werden dafür sorgen, dass die berufsbildenden Schulen Bildungsangebote für benachteiligte Jugendliche vorhalten.
- Wir werden das Angebot der Berufseinstiegsbegleiter weiterentwickeln und ggf. bedarfsorientiert ausbauen.
- Wir werden gemeinsam mit verschiedenen Trägern ein Förderprogramm zur beruflichen Nachqualifizierung von jungen Erwachsenen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren initiieren.
- Förderung der dualkooperativen Ausbildung durch berufsbildende Schulen und Betriebe.
- Bessere Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulen im Hinblick auf den Europäischen Qualifikationsrahmen. Teile der beruflichen Qualifikation sollen auf die Hochschulausbildung angerechnet werden können. Wir wollen die berufsbildenden Schulen unterstützen, die in Zusammenarbeit mit den Hochschulen Konzepte dafür entwickeln.
- Flächendeckende Einführung von Kooperationen zwischen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen zur systematischen Berufsorientierung und Berufsvorbereitung
- Wir werden die Übergänge von der Schule in die Ausbildung und von der Ausbildung in den Beruf optimieren. Dabei erscheint uns die Ausweitung des »Neustädter Modells« – also der Ausbau von Berufspraxis-Phasen ab der achten Klasse in Kooperation mit den berufsbildenden Schulen und den Betrieben – ein sinnvoller Weg.
- Wir werden Ausbildungsverbünde zwischen kleinen und mittleren Betrieben unterstützen, um Ausbildungsplätze in den Betrieben der Region zu fördern und darüber hinaus – wenn nötig – schulische Berufsausbildungsgänge anbieten.
- Sicherung der guten finanziellen und materiellen Ausstattung der berufsbildenden Schulen, damit sie weiterhin zukunftsfähige berufliche Bildungsangebote für die Region Hannover gewährleisten können.
- Effizientere und passgenauere Verteilung durch ein zentrales Anmelde- und Steuerungsverfahren für die Vollzeitschulen mit Beratung der Jugendlichen und Überwachung der Schulpflicht.

- Sanierung der Regionsschulen vorantreiben, um gute Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen.
- Wir werden Schulsozialarbeit zu einem wichtigen Element der pädagogischen Arbeit an berufsbildenden Schulen machen.
- Wir werden die erfolgreiche Arbeit des Medienzentrums als Dienstleister in modernen IT- und Medientechniken für Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, für die Beratung von Eltern und für die Anleitung junger Menschen in medienpädagogischen Projekten fortführen.

Jobcenter Region Hannover

- Arbeit statt Warteschleifen: Vorrangige Vermittlung der Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt.
- Qualifizierung zuerst: Ausreichende Weiterbildungs- und Ausbildungsangebote für die Betroffenen.
- Den Wiedereinstieg ermöglichen: Schaffung von speziellen Beratungseinheiten im Jobcenter für Alleinerziehende, Ausbau der Kinderbetreuung.
- Kundenorientierung schaffen: Jede Antragstellerin und jeder Antragsteller soll innerhalb von sechs Tagen eine qualifizierte Beratung erhalten und innerhalb von einem Monat ein geeignetes Arbeits- oder Qualifizierungsangebot erhalten.
- Hilfe vor Ort: Erhalt der wohnortnahen und bedarfsorientierten Angebotsstruktur in den dezentralen Jobcentern.
- Schneller Abschluss von Eingliederungsvereinbarungen, die sich an den individuellen Möglichkeiten der Hilfebedürftigen orientieren.
- Qualifizierte AnsprechpartnerInnen in speziell ausgerichteten Beratungseinheiten im Jobcenter für Menschen mit Behinderungen.
- Interessen vertreten: Schaffung einer Ombudsstelle im Jobcenter als Anwalt der Betroffenen.
- Vorhandene Kompetenzen nutzen: Langfristige Beschäftigungsmöglichkeiten für über 55-Jährige, die keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt haben.
- Regionale Kompetenz nutzen: Verstärkte Zusammenarbeit mit den regionalen Beschäftigungsträgern, z. B. bei der Angebotsentwicklung und den Qualifizierungsplänen für Arbeitslose.
- Förderung eines inklusiven Aus- und Weiterbildungsmarktes für Menschen mit Behinderungen.
- Erhalt bzw. Ausbau des bestehenden Netzes von Schuldnerberatungsstellen.
- Einflussnahme der Region im Arbeitsmarktprogramm der Gemeinsamen Einrichtung für die aus kommunaler Sicht relevanten Zielgruppen Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und Aufstocker sicherstellen. Dafür wird ein Konzept mit eigenen Vorstellungen zur Anwendung der Arbeitsmarktinstrumente erstellt.
- Wir werden den Mietspiegel bei der regelmäßigen Aktualisierung als energetischen Mietspiegel ausgestalten.
- Auf Basis des sozialräumlichen Budgets des Landes und unter Berücksichtigung der Interessen der Akteure der Wohnungslosenhilfe ein regionales Hilfeangebot für Wohnungslose erstellen.
- Wir werden die Maßnahmen des Klimaschutzrahmenprogramms als Beitrag zur Wirtschaftsförderung umsetzen.

- Ausbau der Förderaktivität in den Teilbranchen emissionsfreie Mobilität und nachhaltige Energiewirtschaft.
- Weiterführung des Programms Öko-Profit, das besonders ressourcenschonende und kostensenkende Ideen in Betrieben belohnt und fördert.
- Erweiterung bzw. Fortführen von Qualifizierungsmaßnahmen mit dem Ziel des lebenslangen Lernens.
- Wir werden Kooperationsprojekte der Hochschulen mit der regionalen Wirtschaft in Forschung und Entwicklung unterstützen.

Wirtschaftsförderung

- Einführung ökologischer und sozialer Vergabekriterien für die Aufträge der Region.
- Differenzierte Ausschreibungskriterien sollen das regionale Handwerk und Kleinbetriebe in der Region stärken.
- Mehr Vergabetransparenz für einen offenen Wettbewerb und die Vorbeugung von Korruption.
- Weiterführung der klaren Aufgabenteilung zwischen regionaler und kommunaler Wirtschaftsförderung.
- Weiterentwicklung der Organisation hin zu einer integrierten regionalen Wirtschaftsförderung.
- Wir werden im Rahmen der Wirtschaftsförderung nach Wegen suchen, um Wachstumspotentiale der Kreativwirtschaft zu befördern.
- Qualifizierungsoffensive gegen Fachkräftemangel.
- Sensibilisierung und Beratung für Strategien gegen Fachkräftemangel.
- Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen der Unternehmen in der Technologieanwendung, beim Generationswechsel und bei der Arbeitszeitorganisation.
- Beratung von Unternehmen im Hinblick auf Arbeitsplatzgestaltung für die Beschäftigung von älteren Erwerbstätigen.
- Unterstützung und Stärkung von regionalen Netzwerken um die regionale Wertschöpfung zu steigern und den Wissenstransfer zu intensivieren.
- Ausbau der Insolvenzprävention.
- Silver Economy: Produktion und Dienstleistungen von und für die Generation 50+ fördern.
- Verstetigung der Gender-Mainstreaming-Initiative.
- Verstärkte Angebote für barrierefreien Tourismus.
- Wir werden die Wirtschaftsförderung weiterhin auf die Förderziele der EU in der kommenden Förderperiode ausrichten, um europäische Fördergelder für die Unternehmen in der Region einsetzen zu können.
- Weiterentwicklung der erfolgreichen Gründungshilfe, auch speziell für Gründerinnen sowie Einwanderinnen und Einwanderer.

Abfall

- Stärkung von Mehrweg-Systemen
- Förderung und Bewerben von Projekten zur Wiederverwertung
- Anstreben einer hohen Wiederverwendungsquote
- Biokompost soll weiterhin vermarktet und in den Kommunen ausgegeben werden

- Anreize zur Abfallvermeidung für Privatleute und Gewerbe
- Abfallvermeidungskonzept für die öffentliche Beschaffung
- Einfache Trennmöglichkeiten
- Wertstoffe als Wert erkennen und aussortieren
- Das Angebot der „O-Tonne“ ausweiten (einheitliche Wertstofftonne, in der der gelbe Sack, elektronische Kleingeräte, Metalle, Kunststoffe und Textilien gesammelt werden)
- Passgenaue Abfallentsorgungssysteme
- Verbesserung der Sonderabfall-Sammlung
- Verbesserung der Bio-Abfall-Trennung
- Prüfung der Biogasgewinnung als Option auf dem Deponiegelände in Lahe
- Rücknahmesysteme und die Sammlung von Sonderabfällen verbraucherInnenfreundlicher gestalten bzw. verbessern.
- Transparenz der Entsorgungskette (Stoffstrommanagement)
- Biologische Behandlung geht vor Verbrennung
- Weiterhin Transparenz bei der Überwachung der Müllverbrennung
- Stärkere Nutzung der Abwärme der Müllverbrennung
- Ausbau des Netzes der Wertstoffhöfe
- Fortentwicklung des Leitbildes von aha
- Beibehaltung der Serviceangebote (z.B. auf Wunsch Altpapier-Container, Sperrmüllservice)
- Wertstoffe sollen dem öffentlich-rechtlichen Entsorger (aha) überlassen werden (keine „Rosinenpickerei“ durch private Entsorger)
- Überarbeitung des Abfallwirtschaftskonzepts von 2005
- Abfallberatung, Beratungsangebote und -aktionen für verschiedene Zielgruppen
- Öffentlichkeitsarbeit (z.B. für Abfallvermeidung, Konsumverhalten, Verwertung, Kompostierung und Recycling) verbessern
- Das Gebührensystem für die Abfallentsorgung mit dem Ziel überarbeiten, eine größtmögliche Kosten- und Verursachergerechtigkeit zu schaffen sowie Anreize zu umweltbewusstem Verhalten zu geben.

Soziales, Gesundheit

- Wir setzen uns für eine öffentliche Infrastruktur ein, die den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft gerecht wird. Unser Ziel ist dabei die Umsetzung des Grundsatzes ambulant vor stationär.
- Die Region Hannover als 25-prozentige Miteigentümerin an der KSG wird ihren Einfluss für neue Wohnformen wie ambulant betreute, generationsübergreifende und barrierefreie Wohngemeinschaften geltend machen.
- Wir werden Pflegestützpunkte in den Regionalkommunen weiter fördern. Dazu gehören unterstützende Angebote für Pflegebedürftige und deren Familien wie der Ausbau von Tages- und Nachtpflege und Kurzzeitpflege.
- Der Fachkräftemangel in den Pflegeberufen erfordert eine neue und aktive Rolle in der Qualifikation und Ausbildung durch das Klinikum Region Hannover.
- Wir werden in der Pflege die Heimaufsicht durch regelmäßige Überprüfungen von Heimen - auch ohne konkrete oder sichere Hinweise - stärken.

- Mit Blick auf zielgruppenspezifische Bedarfe werden wir in Kooperation mit dem Klinikum der Region Hannover verstärkt kultursensible Hilfe- und Pflegeangebote entwickeln.
- Entwicklung eines Programm für ehrenamtlich tätige Gesundheitslotsen
- Wir werden die Präventionsangebote und Beratungsangebote in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Kinder und Jugend, Obdachlosen und Migranten und Migrantinnen erhalten und bedarfsgerecht anpassen.
- Einführung eines Kindergesundheitsberichts unter Einbeziehung psychischer Erkrankungen.
- Wir werden den Begleitservice für Mobilitätseingeschränkte Menschen fortführen und ausweiten.
- Auch in der kommenden Wahlperiode werden wir uns dafür einsetzen, dass das soziale Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr ausgebaut wird. Dabei wollen wir eine Ergänzung des Sozialtickets um eine Monatskarte. Daneben kommt die Ausweitung des Berechtigtenkreises z.B. um Bildungs- und Teilhabepaket-EmpfängerInnen in Betracht.
- Wir werden für eine regionsweite Transparenz von Kita-Gebühren und der Qualität der Betreuung eintreten, um eine Vergleichbarkeit der Angebote für Eltern und Erziehungsberechtigte zu schaffen.
- Wir werden die Entwicklung zu eigenen Jugendämtern in den Städten und Gemeinden unterstützen und fördern.
- Ausbau der Fachberatung der Region, um Kindertageseinrichtungen qualifiziert zu unterstützen, stärker vor Ort zu sein und das Thema Inklusion voranzutreiben.
- Trotz der finanziell angespannten Situation der Region Hannover wird es keine Kürzungen bei den Angeboten der Jugendhilfe geben.
- Wir werden Perspektiven für arbeitlose und schwervermittelbare Jugendliche durch die Weiterfinanzierung der Pro-Aktiv-Center in den kommenden Jahren schaffen.
- Auch zukünftig werden wir Projekte für Schulverweigerer fördern.
- Wir werden weiterhin Projekte fördern, die Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort unterstützen.
- Wir werden geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen in der Jugendarbeit und in der Berufswahlorientierung unterstützen.
- Wir werden die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule unterstützen. Der hohe Anteil an SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss verlangt in diesem Bereich besondere Anstrengungen, um rechtzeitig individuelle Unterstützung und Förderung zu ermöglichen.
- Wir werden die Vernetzung lokaler Jugendhilfeangebote durch die Initiierung eines Facharbeitskreises zwischen allen kommunalen Sozialdiensten und freien Träger der Jugendhilfe verbessern.

ÖPNV, Verkehr

- Bis 2016 sollen alle Busse, die in der Region Hannover im Einsatz sind, mit Niederflurtechnik und Rampen ausgestattet sein.
- Bei der Fahrzeuggestaltung soll auf die Bedürfnisse aller Nutzerinnen und Nutzer Rücksicht genommen werden, insbesondere auf die von Menschen mit Behinderungen und Kindern.
- Umfassendes Informationssystem für mobilitätseingeschränkte Menschen
- Ausweitung des Begleitservices für mobilitätseingeschränkte und sich unsicher fühlenden Menschen auch auf die gesamte Region und auf die Abendstunden.
- Förderung von Zivilcourage durch Plakataktionen, Präventionskurse und das Bekanntmachen guter Beispiele

- Mehr Geld in Radwegsanierung / B + R
- Eine regionale Kampagne zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs
- Ein naturverträgliches und sicheres Radschnellwegenetz
- Entwicklung eines regionalen und durchgängigen Radverkehrsnetzes in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Land und Bund
- Radverkehrsfreundliche Ampelschaltungen und Beschilderungen sowie Vorfahrtsregelungen für Radverkehr bei Querungen
- Mehr Fahrradabstellanlagen an öffentlichen und privaten Gebäuden und mehr Bike + Ride-Anlagen. Wir streben an jedem Regionsgebäude bis 2016 ausreichende Anlagen an.
- Verbesserung der Mitnahme von Rädern in Bussen und Bahnen
- Fahrradverleihsysteme optimieren und ausweiten
- Programm zur Schaffung von mehr Fahrradstationen (Beispiel von Wunstorf)
- Anschaffung von Diensträdern (evtl. auch Pedelecs mit Elektrohybridantrieb) für die Beschäftigten der Regionsverwaltung und der Beteiligungsunternehmen – bis 2013
- ausreichende Zahl

- ÖPNV und SPNV nur mit Strom aus regenerativen Energien antreiben
- Einsatz CO₂-sparsamer Fahrzeuge
- Bau von Umsteigeanlagen an Verknüpfungspunkten (z.B. Waldhausen)
- Sicherung der Anschlüsse für die Kundinnen und Kunden zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln (Bus/Stadtbahn/Schiene)
- Erhalt und Weiterentwicklung der Vorrangschaltung für Busse und Bahnen an Ampeln
- Weiterentwicklung des Programms für mehr Sicherheit und Sauberkeit im ÖPNV
- Ausbau des Notrufanlagensystems im SPNV bis 2013
- Planung / Realisierung weiterer Stadtbahnverlängerungen bei positiven Kosten-Nutzen-Verhältnis
- Wir werden dafür Sorge tragen, dass der Nachtverkehr und das Modell der Ruf-Taxis erhalten und bedarfsorientiert erweitert werden
- Wir werden zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV die Einrichtung von Expresslinien prüfen
- Bedarfsgerechte Taktverdichtung aller Verkehrsmittel und Schaffung der dafür notwendigen Kapazitäten, dazu gehört die Erhöhung der Buskapazitäten bei Schulbeginn und -ende

- Im Rahmen des Nahverkehrsplans soll mit dem Ziel der Kundengewinnung untersucht und später auch umgesetzt werden, wie die Kapazität des SPNV in der Region Hannover verbessert werden kann
- Den weiteren Ausbau von Hochbahnsteigen am Fahrgastaufkommen und den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer orientieren
- Ausbau von Bushaltestellen (z.B. mit beleuchteten und gut einsehbaren Wartehäuschen)
- Mehr Abstellmöglichkeiten für Autos und Fahrräder an Haltestellen (Bike+Ride und Park + Ride)
- Verknüpfung verschiedener Mobilitätsangebote (z.B. ÖPNV und Fahrrad)
- Weiterentwicklung der elektronischen Fahrplanauskunft EFA
- Vandalismus-Hotline für Bus und Bahn
- Bahnhofsumfeldentwicklung mit dem Ziel, die Bahnhöfe stärker in den Mittelpunkt des städtischen Lebens zu rücken und das Bahnhofsumfeld attraktiver zu gestalten
- Die Einhaltung des Mindestbedienungsstandards ist weiterhin sicherzustellen
- Alternative Modelle für die Mobilität fördern
- Förderung des Busverkehrs in der Fläche
- Bestimmte Freizeiteinrichtungen können sich planerisch und finanziell an der Verkehrsanbindung mit dem Nahverkehr beteiligen (z.B. durch Kombi-Tickets)
- Verbesserung der Erreichbarkeit touristischer Ziele und andere Freizeitziele
- Der Einsatz eines Fahrradanhängers sollte auf weiteren Linien angeboten werden
- Weiterentwicklung und Bewerbung von HANNOVERmobil
- Seniorinnen und Senioren als Kundschaft gewinnen und halten
- Harmonisierung der Zonen bei Zeit- und Einzelkarten (momentan: Card = 4 Zonen, Ticket = 3 Zonen)
- Einführung von mobilem Ticketing
- Niedersachsen-Tarif für alle Bahnen und Busse
- Angebot eines Jobtickets auch für kleinere Unternehmen schaffen
- Mobilitätsberatung und -management in Betrieben und Verwaltungen
- Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Lärminderung soll auf innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen wo erforderlich die Geschwindigkeit in Ortschaften auf weniger als 50 km/h herabgesetzt werden.
- Verstärkte Geschwindigkeitsüberwachung und die Einrichtung von Shared-Space-Zonen können Beiträge dafür leisten.
- An europäischen Versuchen zur modernen Güterverkehrs- und Verteilerlogistik werden wir uns beteiligen.
- Wir werden die Planung zum Bau einer Megahub-Umschlaganlage in Lehrte fördern
- Einführung Güter-Straßenbahn prüfen
- Mautbedingte Verlagerungen des LKW-Verkehrs verhindern
- Keine Neutrassierung von Kreisstraßen
- Car-Sharing auch im Umland
- Anschaffung CO2-armer Fahrzeuge für die Regionsverwaltung und die Beteiligungsgesellschaften

Umwelt, Klimaschutz, Regionalplanung, Naherholung

Klimaschutz

- Wir wollen den Radverkehr und den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gegenüber dem Autoverkehr stärken
- Wir werden die Verkehrsinfrastruktur folgendermaßen optimieren:
 - Attraktive Car-Sharing-Angebote
 - Einsatz CO₂-armer Verkehrsmittel
 - Verbrauchsarme Fahrzeuge für die Regionsverwaltung und ihre Beteiligungsunternehmen
 - Verlagerung der Güterverkehre auf Schiene und Wasser
- Energetische Sanierung der Regionseigenen Gebäude deutlich über den gesetzlichen Vorgaben zum Energiestandard, Anhebung der ökologischen Standards beim Bauen im kommunalen Einflussbereich (Passivhaus-Standard soll Mindest-Standard sein, der Plusenergiehaus-Standard soll angestrebt werden)
- Wir wollen zukünftig den Plusenergie-Standard bei Neubau von regionseigenen Gebäuden.
- Darüber hinaus streben wir an, dass geeignete Dachflächen öffentlicher Gebäude in der Region Hannover zur Energiegewinnung zur Verfügung gestellt werden.
- Zukünftig Bezug von Ökostrom für die Gebäude der Region und ihrer Beteiligungsunternehmen.
- Einführung eines Sanierungsprogramms für weitere Einrichtungen wie z.B. Gemeinschaftshäuser
- Jedes Dach der regionseigenen Gebäude soll erneut baulich auf die Möglichkeit für solare Nutzung überprüft und ggf. für die Einrichtung von Solaranlagen freigegeben werden.
- Unterstützung von Pilotprojekten für den Einsatz dezentraler Energiespeicher und dezentrales Energiemanagement (Methanol- und Batteriespeicher)
- Einstieg in die Vorbereitung zu einem neuen klimaoptimierten RROP, flächensparende Siedlungsplanung mit Zielrichtung zu energetisch optimierter Bauweise, Erhalt und Ausbau der Möglichkeiten für regenerative Energie, Windkraft, Biogas, Geothermie und Passivhaus-Empfehlungen.
- Vorleistungen für die Anwendung und Stärkung der regenerativen Energiequellen Wind, Solar, Erdwärme und Biogas, auch für das nächste RROP
- Unterstützung des Ersatzes älterer Windenergieanlagen durch leistungsfähigere neue Anlagen und bessere Ausnutzung vorhandener Standorte (Repowering)
- Wir wollen die Erweiterung und Ausweisung neuer Standorte für Windenergieanlagen, gleichzeitig wollen wir die Akzeptanz für Windenergieanlagen im Rahmen der Erarbeitung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2015 erhöhen.
- Das kann z.B. durch ausreichende Abstände zur Wohnbebauung geschehen.
- Schutz, Erhalt und Neuschaffung von für das Klima als CO₂-Senken wertvollen Landschaftsräumen wie Mooren und Wäldern
- Maßnahmenkatalog „Böden als Senke“ zur Umsetzung erarbeiten für klimagerechte Waldbewirtschaftung, Kleingärten, öffentliches Grün, Landwirtschaft/auch in öffentlicher Hand; Wiedervernässung von Mooren
- *Finanzielle Förderung:*

- Förderung der energetischen Sanierung von Sportstätten, bzw. Förderung der Initiierung von innovativen Lösungsansätzen, Leuchtturmprojekte u.a. in den Themenbereichen durch Beibehaltung eines Klimafonds
 1. Handlungsorientierte Energiekonzepte (Nahwärmeversorgung objektbezogene Kraft-Wärme-Kopplung, Substitution von Nachtspeicheröfen, Prozesswärmenutzung)
 2. Entwicklung klimaeffizienter Neubauprojekte
 3. Gewerbegebiete, die sich klimaeffizient entwickeln
 4. Landwirtschaftliche Gebäude oder Flächen, die zur Energieerzeugung genutzt werden
 5. Solarkataster (beispielsweise für Gewerbeflächen)
 6. Bürgeranlagen für erneuerbare Energie
- Neue Logistikansiedlungen nur dort, wo sie mit Schiene und / oder Wasserweg verbunden sind.
- Ideenwettbewerb Klimaschutz: Einbeziehung der Zivilgesellschaft
- Stromeinsparhilfen a für einkommensschwache Haushalte
- Der Mietspiegel der Region soll die Energiewerte der Wohnungen berücksichtigen.

In die Aktivitäten der Region zum Klimaschutz sind weitere Akteure und Akteurinnen einzubeziehen, insbesondere des Klimaschutzkuratorium mit den 21 regionsangehörigen Städten und Gemeinden um die Klimaschutzziele zu erreichen. Hierzu gehören u.a.

- Stärkung der Arbeit der Klimaschutzagentur
- Das Klimaschutzrahmenprogramm wirkt auch in die Beteiligungsunternehmen der Region – beispielsweise durch ein einheitliches Beschaffungshandbuch oder die energetische Sanierung des Gebäudebestandes der Beteiligungsunternehmen
- Aufbauend auf kommunalen Klimaschutzaktionsprogrammen wird mit den Regionskommunen ein gemeinsamer Klimaschutzpakt angestrebt, in den auch Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft eingebunden werden sollen
- Überarbeitung des Regionsförderungsprogramms für die Anschubfinanzierung von energetisch optimierten Vorreiterprojekten

Die Region setzt sich im Rahmen von Beratung und soweit zuständig im Genehmigungsverfahren für die Nutzung von Biomasse als erneuerbarer Energieträger mit Auflagen ein.

Dabei hat die Nutzung organischer Abfälle wie Lebensmittelreste und Grüngutabfälle Vorrang. Sollten eigens für die Energieerzeugung Feldfrüchte angebaut werden, sind folgende Grundsätze zu beachten:

- Verzicht auf Ertragsintensivierung
- Umbruchverbot von Grünland und Wiederherstellung ehemaliger Grünlandflächen
- Verzicht der Nutzung ökologisch sensibler Flächen wie Moorböden, torfhaltiger Böden und Flussauen zur Vermeidung übermäßiger Freisetzung von Treibhausgasen und Erosion.
- Vorrang für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion, um Teuerungen in diesem Bereich zu vermeiden

- Einhaltung einer mindestens dreigliedrigen Fruchtfolge für eine positive Humusbilanz
- Verzicht auf Pestizide zum Schutz von Grundwasser, Wildflora und -fauna
- Verzicht auf gentechnisch veränderte Pflanzen
- Schaffung von ökologischen Ausgleichsflächen, Blühstreifen, Saumstrukturen und Feldgehölzen zum Erhalt einer lebendigen Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt
- Nachweis von sechsmonatigen Lagerkapazitäten für Gärreste, um eine pflanzengerechte Ausbringung zu gewährleisten und den Eintrag von wertvollem Dünger ins Grundwasser zu mindern
- Der Transportweg der Substrate darf in der Regel sieben Kilometer nicht überschreiten, um die Verkehrs- und Abgasbelastung zu begrenzen
- Reduzierung von Stoffausträgen aus landwirtschaftlich genutzten Flächen in Grund- und Oberflächengewässer und angrenzende Flächen durch Aufklärung, Beratung und Kontrollen

Die Region unterstützt im Rahmen von Beratung und soweit zuständig im Genehmigungsverfahren Biogasanlagen, die folgende Kriterien erfüllen:

- Die Gasreinigung und direkte Einspeisung in das Gasnetz ist vorrangig anzustreben.
- Die Abwärme der Biogasanlagen muss in hohem Maße genutzt werden. Für die Sommermonate müssen zusätzliche Nutzungen wie Trocknung von Hackschnitzeln, Kaminholz oder Getreide Anwendung finden.
- Kommunen können durch das Angebot zum Anschluss städtischer Gebäude eine koordinierende Funktion einnehmen. Hierbei kann eine zu erstrebende 100-prozentige Wärmenutzung erreicht werden.

- Wir werden das Projekt Hannoversche Moorgeest vollständig umsetzen
- Erhalt, Pflege und Entwicklung von Gebieten für den Natur- und Artenschutz, Vernetzung schützenswerter Lebensräume durch Biotopverbund, gerade im Hinblick auf die Klimafolgenanpassung
- Konzeption und Durchführung von Artenschutzmaßnahmen
- Erhalt von artenreichen Wildnisflächen und Zulassen der Entwicklung solcher Flächen
- Vervollständigung eines qualifizierten Schutzes von Vogelschutzgebieten und Schutzgebieten nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union
- Errichtung von Pufferzonen zwischen hochwertigen Naturschutzgebieten und Bereichen intensiven Nutzungen
- Bereitstellung ausreichender Mittel für Pflegemaßnahmen und den Ankauf von Flächen für Naturschutzzwecke
- Erhalt extensiver landwirtschaftlicher Nutzungsformen, insbesondere von Schutzprogrammen für Grünland
- Einbindung der Landwirtschaft in die Landschaftspflege
- Förderung des Moorschutzes, rasche Wiedervernässung von Torfabbauflächen, keine Neugenehmigung von Torfabbau
- Keine Deponierung von Schlamm aus dem Steinhuder Meer auf Renaturierungsflächen und für den Naturschutz wertvollen Bereichen
- Stärkere Förderung des ehrenamtlichen Naturschutzes
- Beteiligung an der Errichtung und dem Betrieb von Naturschutzstationen

- Freiwillige Beteiligung der Naturschutzverbände bei Verfahren, wenn die Verbände dieses beantragen
- Weitere Flächenversiegelung stoppen
- Maßnahmen zur Entsiegelung im Siedlungsbereich
- Vorrangige Nachnutzung von Bodenabbauten für den Natur- und Artenschutz
- Vollzugsdefizite in der Umweltüberwachung im Bereich Gewässer- und Bodenschutz abbauen
- Fortsetzung der Förderung der naturnahen Entwicklung von Gewässern durch Renaturierung und Fortsetzung der Ausweisung von Gewässerrandstreifen.
- Verbesserung der Wasserqualität nach der Wasserrahmenrichtlinie
- Retentionsräume für Hochwasserschutz und Klimafolgenanpassung
- Bodenschonende landwirtschaftliche Nutzung fördern (z.B. Minimierung von Bodenverdichtung und -abtrag)
- Es muss sichergestellt werden, dass bei Genehmigungsverfahren für den Einsatz von das Grundwasser oder die Umwelt schädigenden Stoffen eine UVP durchgeführt wird
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ansiedlung von Mastanlagen in der Region Hannover erschwert und nur mit strengen Auflagen genehmigt wird.
- Keine Gentechnik in der Landwirtschaft
- Unterstützung bäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft und bei der Vermarktung ökologischer Lebensmittel aus der Region Hannover
- FSC-Zertifikat im Naturland-Standard für Waldflächen im Eigentum der Region Hannover mit mind. 15 % Naturwaldflächen ohne Nutzung
- Regionale Konzepte in der Naherholung, z.B. zur Umweltverträglichkeit
- Routen für Mountainbiker in der Region Hannover einrichten
- Unter Fortführung des eigenständigen regionalen Freizeit-, Fuß- und Radwegenetzes in der Region Hannover soll insgesamt das Radwege- und Wanderwegenetz kontinuierlich und naturverträglich weiter ausgebaut werden. Dabei sollen die Synergieeffekte von Naherholungswegen und notwendigen Verkehrswegen genutzt werden.
- Einheitliche Leit- und Informationssystem für die Rad- und Fußwanderwege
- Sicherstellung und Unterstützung des Ausbaus der Themenrouten (z.B. Route der Industriekultur, Mühlenroute, Erlebnisroute, Welfenweg)
- Einrichtung einer weiteren Erlebnisroute mit dem Thema Klimaschutz und erneuerbarer Energien
- Wir werden weiterhin Naherholungsprojekte entlang der Routen fördern, z.B. Naturpark Steinhuder Meer, Wietzpark, Park der Sinne, Koldinger Seenplatte, Leineaue, Großer und kleiner Deister)

Wir werden das Regionale Raumordnungsprogramm 2005 modifizieren und nachsteuern.

Die Umnutzung bereits besiedelter Flächen soll Vorrang haben vor der Ausweisung neuer Flächen.

Die Nutzung soll gleichstellungsorientiert sein und die besonderen Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen z.B. ältere Menschen, Kinder und mobilitätseingeschränkte Menschen berücksichtigen.

Wir werden die Fortsetzung der regionalen Leitprojekte zur Siedlungsentwicklung, auch unter dem Ansatz des Aktionsplans „Demografischer Wandel“ für die Innenentwicklung, bei der Brachenentwicklung um im Rückbau u.a. fördern durch

- Begrenzung der Siedlungsflächenzunahme
- Einführung eines Brachflächenmanagements
- Erarbeiten eines regionsweiten Kompensationsflächenkatasters für alle Eingriffe in Natur und Landschaft
- Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf die S-Bahn- und Stadtbahn-Haltestellen, um ein Umsteigen auf den ÖPNV zu fördern
- Sparsame Ausweisung von Bodenabbauflächen unter Berücksichtigung der konkurrierenden Anforderungen von Naherholung sowie Landschafts- und Naturschutz im verdichteten Raum
- Ausbau von Breitband-Internetanschlüssen

- Begrenzung des Flächenverbrauchs auf 160 Hektar pro Jahr (entspr. 1600 Hektar bis 2025) um das 30 –Hektar-Ziel der Flächeninanspruchnahme auch in der Region Hannover einzuhalten
- Einführung von wirksamen Regulierungsinstrumenten für die Flächeninanspruchnahme, z.B. nach dem Vorbild „Bodenschutzkonzept Stuttgart“
- Ausrichtung der Entwicklung auf zentrale Orte und Schienen-Haltestellen
- Regulierung der Standorte für Biogas-Anlagen
- Keine Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf Acker- oder Grünlandflächen, wegen der Konkurrenz mit Lebens- und Futtermittelerzeugung sowie der Auswirkungen auf Natur und Landschaft
- Entwicklung eines regionalen Alltags- und Freizeit-Radverkehrsnetzes in Zusammenarbeit mit den Kommunen
- Verstärkte Berücksichtigung des Hochwasserschutzes bei Flächenplanungen
- Reaktivierung von städtebaulichen Brachen als Gewerbe- und Wohnbauflächen (Flächenrecycling) und deren Vorrang vor der Neuinanspruchnahme
- Weiterentwicklung der Freiraumsicherung zu einem Freiflächenverbundsystem im Sinne der biologischen Vielfalt, der Frischluftversorgung und der weiter zu qualifizierenden Biotopverbünde
- Umwelt- und naturschutzfachlicher Ausgleich bei Eingriffen in die Vorrangflächen für Erholung, in die Vorrangflächen für Natur und Landschaft und in die Walderweiterungsflächen durch die Regionalplanung
- Begrenzung der Flächen für Bodenabbau auf eine sparsame Inanspruchnahme ausschließlich für den regionalen Bedarf und unter Berücksichtigung des Landschaftsrahmenplans

- Siedlungsentwicklung soll künftig nur noch dort stattfinden, wo auch in Zukunft langfristig eine ausreichende infrastrukturelle Versorgung sichergestellt ist
- Wir werden unterstützende Programme starten, um Umbrüche in Wohngebieten durch den demografischen Wandel zu gestalten und zu begleiten

- Unterstützung für innovative Möglichkeiten der Versorgung mit dezentralen Infrastruktureinrichtungen z.B. im Einzelhandel („Bürgerläden“) und bei Dienstleistungen
- Um selbstbestimmtes Leben im Alter zu ermöglichen, setzen wir uns dafür ein, dass Angebote der Nahversorgung im ländlichen Raum erhalten und geschaffen werden.
- Dezentrale Strukturen für die soziale und medizinische Versorgung sind möglichst wohnortbezogen und wohnungsnah zu erhalten ggf. durch mobile Angebote und Dienste
- Überarbeitung des ÖPNV-Netzes in Hinblick auf intelligente, wirtschaftlich sinnvolle und sozial orientierte Lösungen für den ländlichen Raum unter Berücksichtigung des demografischen Wandels

Wir werden das Logistikflächenkonzept 2020 weiterentwickeln und Machbarkeitsstudien zur Entwicklung auch von kleineren Standorten durchführen.

- Strategische Planung von Gewerbe- und Logistikflächen grundsätzlich an Schienen und Wasserwegen
- Regionale Förderung von Gewerbe-Gleisanschlüssen für Logistik
- Regionale Steuerung des Naturschutz-Ausgleichspools

Wir werden das regionale und lokale Einzelhandelskonzept anpassen und weiterentwickeln.

- Entwicklung des Instruments „Regionaler Flächennutzungsplan“ als verfeinerte Darstellung des Raumordnungsprogramms
- Weiterentwicklung des regionalen Flächenpools und Förderung von interkommunalen Gewerbegebieten
- Instrumente für einen regionalen Planungsausgleich
- Qualifizierte Ausgleichsinstrumente für interkommunal abgestimmte städtebauliche Entwicklungen
- Unterstützung der Kommunen in Fachfragen, die Entwicklung von Best-Practice-Darstellungen als Hilfestellung für Verwaltungen und örtlicher Politik

Integration, Gleichstellung, Sport, Kultur, bürgerschaftliches Engagement

- Wir werden weiter ausreichende finanzielle Mittel zur Durchführung eigener Veranstaltungsreihen in Zusammenarbeit mit den 21 Kommunen bereitstellen.
- Die Veranstaltungsreihen Kultursommer, Kultur im Schloss und Atelierspaziergänge werden weitergeführt.
- Wir werden lokale wie auch regionale freie Kulturinitiativen unterstützen, um durch eine verstärkte Kooperation mit den Städten und Gemeinden den Regionsgedanken zu stärken.
- Wir werden regionale Künstler im Regionshaus weiterhin ausstellen. Die im Kunstarchiv der Region Hannover vorhandenen Werke regionaler Künstler werden zu thematischen Wanderausstellungen zusammengefasst, um in den 21 Städten und Gemeinden ausgestellt werden zu können.
- Das Torfmuseum Neustadt wird museumspädagogisch weiter gestaltet. Gemeinsame Aktivitäten und Veranstaltungen mit anderen Ausstellungsorten zum thematischen Bereich „Moor“ werden unterstützt.

- Wir werden den Regionssportbund und Stadtsportbund weiter unterstützen.
- Wir werden durch ein Informationsprogramm die Bewegungsförderung in Kindertagesstätten und Schulen unterstützen.
- Wir befürworten die von Vereinen initiierten Kooperationen und Fusionen und die Entwicklung von hauptamtlichen Strukturen. Die Vereine brauchen bei diesen Veränderungen Hilfe zur Selbsthilfe. Das ehrenamtliche Engagement muss weiterhin gestärkt werden.
- Bei der Förderung von Bau und Umbau von Sportanlagen müssen Klimaschutzmaßnahmen berücksichtigt werden.
- Die Region Hannover ist verantwortlich für die Sporthallen und Sportplätze an den regionseigenen Schulen. Diese müssen in einem guten Zustand gehalten oder im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten in einen solchen gebracht werden.
- Der Leitgedanke der Inklusion muss im Sport verankert werden.

- Wir werden die geschlechterspezifische Förderung und Beratung von jungen Menschen im gesamten Regionsgebiet ausbauen.
- Wir werden Beratungsstellen unter Berücksichtigung der Vielfalt der Träger für Frauen und Mädchen und die stärkere Berücksichtigung der Unterstützung und Beratung von Jungen fördern.
- Finanzielle Sicherung der Arbeit des Frauen- und Mädchengesundheitszentrums.
- Wir sehen das Problem der sexualisierten Gewalt als wichtiges gesellschaftspolitisches Thema. Daher setzen wir uns für Präventionsmaßnahmen und Schutz von Frauen und Mädchen an und fördern und sichern Zufluchtsstätten und Frauenhäuser.

- Gleichberechtigung und weiterer Ausbau der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Familie bezieht sich neben Kinderbetreuung auch auf die Betreuung von Pflegebedürftigen)

- Wir fordern gemeinsame Konzepte für Arbeitsmarkt- und Frauenförderung.
- Unterstützung von Unternehmerinnen- und Frauengewerbezentren und Schaffung eines regionalen „Frauenförderpreises Wirtschaft“ als Anreiz für alle Unternehmen.
- Wir werden im Einflussbereich der Region wie bisher sicherstellen, dass
 - Frauen und Männer bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit die gleiche Bezahlung erhalten
 - und Teilzeit-Ausbildungsplätze, ‚audit berufundfamilie‘ und flexible Arbeitszeitmodelle auch für Führungskräfte angeboten und Mentoring-Projekte durchgeführt werden.

- Durchgängige Anwendung des Gender Mainstreaming in der Regionsverwaltung durch
 - geschlechterdifferenzierte Datenerhebung und -auswertung in allen Fachbereichen,
 - Gender-Beauftragte, Fortbildung und Personalentwicklung,
 - Gender Mainstreaming in Drucksachen,
 - Gender Budgeting als Grundsatz der Finanzpolitik,
 - Einführung eines Gleichstellungs-Controllings, das alle drei Jahre die erfolgten Maßnahmen darstellt und bewertet.
 - Festschreibung von Frauenförderung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

- Förderung von Beratungsangeboten für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Regenbogenfamilien und Maßnahmen gegen gesellschaftliche Ausgrenzung
- Wir werden die Akzeptanz und den Respekt vor ihnen zum Inhalt unserer Integrations- und Migrationspolitik machen, z.B. durch niedrigschwellige Coming-out-Beratungsangebote
- Wir wollen die Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten in allen Fachfunktionen - auch in höher qualifizierten Positionen – in Regionsverwaltung und den Beteiligungsunternehmen fördern und den Anteil von jungen Menschen aus Zuwandererfamilien in Ausbildungsberufen erhöhen.
- Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionsverwaltung durch entsprechende Fortbildungen.
- Wir bieten Förderung der Unterstützungs- und Beratungsangebote für Flüchtlinge und Hilfe und Betreuung für Migrantinnen und Migranten ohne Aufenthaltsstatus („Papierlose“)
- Wir fördern die Prävention und Schutzmaßnahmen gegen Zwangsheirat und Genitalverstümmelung.
- Möglichst dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in allen Kommunen statt Unterbringung in Sammelunterkünften.
- Wir wollen Beschäftigungsförderung für Einwanderinnen und Einwanderer und eine Erhöhung der Ausbildungsquote in Betrieben unter Leitung Zugewanderter.
- Wir werden das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten unterstützen und zugewanderte Einwohnerinnen und Einwohner als Sachverständige aktivieren. Dabei soll die Zielgruppe der älteren Migrantinnen und Migranten stärker in den Blick genommen werden.
- Ausbau und nachhaltige Sicherung eines Netzwerks für Integration in der Region Hannover und damit Schaffung von Transparenz über Integrationsangebote und Fördermöglichkeiten.
- Langfristig wollen wir daran arbeiten, zusammen mit unseren kommunalen Partnern finanzielle Mittel in ein Stiftungsmodell zur dauerhaften Stärkung von Zivilcourage und Demokratie einzubringen.
- Förderung einer offensiven öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus und Stärkung des Widerstands gegen rechtsextremistische Aktivitäten.
- Rassismus und Rechtsextremismus effektiv Paroli bieten und einen parteiübergreifenden Konsens zur öffentlichen Ächtung solchen Gedankenguts erreichen.
- Förderung der Gedenk- und Erinnerungskultur in der Region Hannover, u.a. in der Gedenkstätte Ahlem. Denn nur wer sich erinnert, weiß, warum es notwendig ist, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.
- Entwicklung einer regionalen Engagementstrategie. Hierzu sollen beispielsweise ein »Tag des Ehrenamtes« ins Leben gerufen und die Ehrenamtskarte aufgewertet werden.
- Wir wollen feste Haushaltsmittel für Bürgerstiftungen einsetzen. Da wo eine Stiftung eine kommunale Aufgabe oder Einrichtung übernimmt, da wo es gelingt,

Sponsorengelder für ein Vorhaben einzuwerben, sollte geprüft werden, ob es möglich ist, dass sich auch die Region mit einem Beitrag beteiligen kann.

- Trotz schwieriger Finanzlage halten wir am Förderniveau von 2011 für Initiativen, Verbände und freie Träger zur Sicherung des bürgerschaftlichen Engagements fest und werden die Ansätze nach Möglichkeit aufstocken.

BürgerInnenrechte

- Wir werden die Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Interessengruppen verstärkt an Entscheidungsprozessen beteiligen.
- Gemeinsam mit HannIT wollen wir ein Konzept für eine verbesserte E-Partizipation entwickeln, und damit auch auf Regionsebene Online-Petitionen ermöglichen.
- Informationen öffentlich machen: Die Verbesserung der Online-Dienste und eine transparente Informationsbereitstellung im Internet unter www.hannover.de.
- Nicht die BürgerInnen, sondern die Akten müssen laufen: Erhalt und Ausbau der dezentralen Beratungs- und Betreuungsangebote vor Ort (wie bei der Dezentralisierung der KFZ-Anmeldung).
- Wir werden die Einführung einer Informationsfreiheitsgesetz prüfen.